



Presseinformation

Nr. 426/2011

Kiel, Donnerstag, 25. August 2011

Soziales/Sozialvertrag II

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Anita Klahn: Der Sozialvertrag II sollte kommunalisiert werden

In ihrer Rede zu **Top 21** (Stand der Umsetzung der Kommunalisierung der Fördermittel aus dem Sozialvertrag II ab 2012) sagt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Konsolidierung der Landesfinanzen ist das wichtigste Ziel dieser Koalition und es sollte auch das wichtigste Ziel der Opposition sein. Mittel dafür sind neben dem Schaffen von Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung und eine Begrenzung von Ausgaben, auch Strukturveränderungen.“ Verwaltungswege sollten vereinfacht und Kompetenzen gebündelt werden. Es gehe um eine effektivere Prozessgestaltung. Eine Umleitung der Mittel aus dem Sozialvertrag II über die Wohlfahrtsverbände sei deshalb nicht zielführend. Unnötige Doppelstrukturen, insbesondere im Verwaltungsbereich, seien dringend zu vermeiden, so Klahn. Die Kommunen seien für die Wahrnehmung der Aufgaben zuständig.

„Die Bereiche der Suchtberatung und der dezentralen Psychiatrieversorgung gehören zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen und unterliegen nicht, wie von den Antragstellern irreführend dargestellt, einer ‚Steuerungspflicht des Landes‘. Im Gegenteil, die Gemeinden entscheiden eigenständig, ob und wie sie diese freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wahrnehmen wollen. Sie tragen dafür auch mit bis zu 60 Prozent die finanzielle Verantwortung.“ Und gerade weil es um kommunale Leistungen geht, ist es aus liberaler Sicht mehr als richtig, dass diese zukünftig auch wieder die maßgeblichen Entscheidungsträger für die Angebotsstruktur und Mittelverwendung sind. Im Gegensatz zur Opposition habe die FDP-Fraktion Vertrauen in die Kompetenz der kommunalen Selbstverwaltung, bedarfsgerechte Angebotsstrukturen zu schaffen.

„Ich betone es gern noch einmal: Der Unterschied zu Rot-Rot-Grün ist, dass die FDP es für wichtig hält, die Selbstverwaltung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu stärken und nicht nur zu einer Pseudo-Beteiligung zu degradieren.“ Der Sozialvertrag II habe sich in dieser Form nicht bewährt und sollte deshalb kommunalisiert werden, fordert Klahn.